

# Flugschriften

VSP Rhein-Neckar / IV. Internationale

Verbindungskanal Linkes Ufer 20-24, 68159 Mannheim

**Jakob Moneta**

## **Der 9. November:**

**Erinnerung an einen  
verdrängten Tag.**

(Rede auf der Kundgebung in Mannheim, 9.11.1993)

Nr.2 (Unkostenbeitrag 1 DM)

## Jakob Moneta

### Der 9. November: Erinnerungen an einen verdrängten Tag

(9.11.1993)

Wenn es wahr ist, was der Berliner Politologe Dietmar Schiller sagt, daß politische Gedenktage die anzuerkennenden Grundwerte eines Gesellschafts-systems zur Anschauung bringen sollen, die Identifikation mit dem politischen System, dann stehen wir beim 9. November 1918 vor einem völligen Rätsel:

Wie kommt es, daß der 9. November 1918, der Tag der bürgerlich-demokratischen Revolution, an dem das deutsche Kaiserreich endgültig beerdigt wurde, niemals zu einem "politischen Gedenktag" wurde? Wie kommt es, daß der Tag an dem durch einen Volksaufstand die erste deutsche demokratische Republik aus der Taufe gehoben wurde, nicht gefeiert wird? Wie kommt es, daß im Gegensatz hierzu andere Nationen - so die Franzosen den 14. Juli, die US-Amerikaner den 4. Juli, ihre bürgerliche Revolution, die sehr viel weiter zurückliegen, als politische Gedenktage und Feiern Jahr für Jahr begehen, während unser 9. November 1918 umgangen wird? Dies, obwohl uns dieser Revolutionstag allgemeine, gleiche und geheime Wahlen zu einem Parlament, zum ersten mal sogar das Frauenwahlrecht, den Achtstundentag, ein Tarifvertragsgesetz und anderes mehr beschert hat!

Weil eben die bürgerlich-demokratische Revolution vom 9. November 1918 nicht das Werk des Bürgertums war, das seine Revolution schon 1848 verraten hat, sondern weil sie von meuternden Matrosen, von Arbeiter- und Soldatenräten getragen wurde.

Wie sah dieser 9. November in Berlin aus? Sebastian Haffner - gewiß kein Revolutionär, aber ein aufrechter Demokrat - schildert ihn in "Die deutsche Revolution 1918/19" so: "Niemand hat die Massen, die am 9. November stadteinwärts zogen, gezählt. Aber alle Augenzeugen sprechen von hunderttausenden. Sie alle hatten einen ungeheuren Stimmungsumschwung erlebt: Am Vormittag waren sie, jeder einzelne von ihnen, darauf gefaßt gewesen, in den Tod zu marschieren. Sie wußten nicht davon, daß die Truppe 'nicht mehr hielt', sie erwartete Maschinengewehrsalven, wenn sie vor den Kasernen und Regierungsgebäuden ankamen.

In den vordersten Reihen der endlosen, dumpf und langsam aus allen Himmelsrichtungen heranziehenden Kolonnen trug man Plakate: 'Brüder, nicht schießen!' In den hinteren Reihen trug man vielfach Waffen. Man erwartete tragisch entschlossen einen Todeskampf um die Kasernen ... und dann

geschah nichts! Die 'Brüder' schossen wirklich nicht, sie öffneten selbst die Kasernen, halfen selbst die roten Fahnen zu hissen, sie schlossen sich den Massen an, oder wie die Schutzmannschaften im Polizeipräsidium am Alexanderplatz, schnallten sie ihre Waffen ab und verdrückten sich, so schnell sie konnten. Man war so verblüfft, daß man Gassen bildete, um die Polizisten unbehelligt nach Hause gehen zu lassen; nicht einmal Schmährufe wurden laut.

Die Revolution in Berlin war gutmütig, wie sie es überall gewesen ist. Wenn Blut vergossen wurde, dann von der anderen Seite." So Sebastian Haffner.

Am 9. November wurde auch sofort eine neue Regierung aus drei Sozialdemokraten und drei Unabhängigen (Sozialdemokraten, USPD) gebildet, deren Mitglieder sich "Volksbeauftragte" und nicht Minister nannten.

Bereits am 10. November traten 3000 in den Fabriken und Kasernen Berlins gewählte Räte zusammen. Nach vielen Stunden heftiger Diskussionen wählten sie einen Vollzugsrat, eine Art Reichskabinett. In diesem Vollzugsrat saßen 13 Unabhängige, die unter dem Einfluß der Revolutionären Obleute standen. Sie hatten mitten im Krieg drei Streikbewegungen ausgelöst, in denen es zuletzt nicht mehr nur um mehr Brot ging, sondern um einen Frieden ohne Aneignung fremder Gebiete, ohne Auferlegung von Kriegsschulden auf eines der beteiligten Völker. Neben den Unabhängigen (den USEPETERN) waren im Vollzugsrat 14 Sozialdemokraten und 14 Soldatenräte vertreten. Dieser Vollzugsrat, dieses "Reichskabinett", gab nun den sechs "Volksbeauftragten" seinen Segen.

Wir wollen hier nicht den Ursachen für das letztendliche Scheitern dieser durch die Räte abgeseigneten "Volksbeauftragten" nachgehen. Wir wollen nur festhalten, daß genau dies - der Geburtsmakel der ersten deutschen Demokratie, ihre Gründung durch Räte - ein wichtiger Grund dafür war, daß in den kurzen Lebensjahren dieser Republik (1918 bis 1933), sie nicht nur im national-konservativen Bürgertum auf wenig Gegenliebe gestoßen ist und das erklärt auch, warum der 9. November 1918 nicht zum politischen Gedenktag oder nationalen Feiertag erhoben worden ist, warum er kein Tag der politischen Identifikation mit dem System ist.



Warum aber erhielt die Weimarer Republik, wie sie später genannt wurde, weil in Weimar ihre Verfassung beschlossen worden ist, von ihren Gegnern den schmückenden Namen "Judenrepublik"? Weil sie die Emanzipation der Juden, ihre Gleichberechtigung, die in allen vorangegangenen bürgerlichen Revolutionen, der holländischen, englischen, amerikanischen, französischen, als sichtbares Zeichen für die Verwirklichung von Menschenrechten galt, ebenfalls in die Praxis umsetzte.

Im Kaiserreich hatten die Juden zwar bürgerliche Rechte, aber sie konnten keine Positionen einnehmen, in denen sie Vorgesetzte oder Befehlshaber nichtjüdischer Deutscher waren. Sie konnten weder eine Professur an Universitäten erhalten, noch konnten Juden Richter, Offiziere oder gar Minister werden. Zugleich aber ließ z. B. Bismarck als Reichskanzler nicht zu, daß Juden zum Angriffsziel vulgären, populistischen Antisemitismus wurden, der auch im Reichstag seine Vertreter hatte. Um hohe Beamtenstellungen einzunehmen, mußten Juden im Kaiserreich - wie Heinrich Heine es nannte - die Taufe als Entreebillet - als Eintrittskarte - bezahlen.

Die Weimarer Republik hatte nicht nur zum ersten mal in der deutschen Geschichte sozialdemokratische Minister, sondern sogar einen jüdischen Finanzminister, Rudolf Hilferding, dem es immerhin gelang, die furchtbare Inflation der zwanziger Jahre erfolgreich zu bändigen. Hingegen hat die Weimarer Republik - aus einem falschen Demokratieverständnis, der populistischen antisemitischen Bewegung niemals Zügel angelegt, bis diese in Gestalt der rassistischen Nazibewegung - mit der Unterstützung sämtlicher bürgerlicher Parteien, Adolf Hitler 1933 durch ein Gesetz "ermächtigte", die Republik selbst hinwegzufegen.

#### Der 9. November 1923

Adolf Hitler hatte schon einmal versucht die Weimarer Republik zu beseitigen. und zwar im Jahre 1923, und durchaus nicht zufällig am 9. November. Hitler drang damals an der Spitze einer bewaffneten SA-Formation in den Münchener Bürgerbräukeller ein, wo der rechtskonservative, monarchisch-christlich gesinnte bayrische Generalstaatskommissar Gustav Ritter von Kahr eine Rede halten wollte.

Hitler hat die Regierung der Novemberverbrecher - wie er sie damals nannte - in Berlin für abgesetzt erklärt und verkündete die Bildung einer provisorischen deutschen Nationalregierung. Diese bestand aus General Ludendorff, Adolf Hitler, General von Lossow, Oberst von Seissner. Alle für die Revolution von 1918 verantwortlichen Politiker

sollten binnen drei Stunden vor ein Gericht gestellt, zum Tode verurteilt und hingerichtet werden.

Die Schande der "Novemberverbrecher" bestand für Hitler darin, daß - wie er und mit ihm die nationalkonservative deutsche Rechte behauptete - der "Dolchstoß" der Revolution von 1918 die Niederlage Deutschlands verursacht hätte. Dabei hatten die deutschen Generale diesen ersten imperialistischen Raubkrieg Deutschlands selbst als verloren erklärt. Noch ehe Matrosen in Kiel am 4. November 1918 gegen den Befehl ihrer Admirale meuterten, die Flotte nochmals in eine Entscheidungsschlacht mit den Engländern zu jagen, um wenigstens ruhmreich unterzugehen. - was sogar der Absicht der Regierung des Prinzen Max von Baden widersprach.

Goebbels ging sogar noch weiter als Hitler, als er später erklärte, es sei das Ziel der Nazis, die Französische Revolution von 1789 vergessen zu machen. Die Erklärung der Menschenrechte, Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit - die Losungen der Französischen Revolution - waren für die Ideologen des Rassendünkels, der Ungleichheit, der totalitären Diktatur ein Stachel im arischen Fleisch, den man natürlich möglichst entfernen mußte! Aber Hitlers Putsch vom 9. November 1923 scheiterte, weil seine national-konservativen Verbündeten kalte Füße bekamen.

Hingegen war die als "Kristallnacht" verharmloste, von den Nazis inszenierte Reichspogromnacht vom 9. auf den 10. November 1938 für sie erfolgreich. Längst war die durch die Novemberrevolution 1918 ausgelöste Emanzipation der Juden durch eine neue Verfolgungswelle getilgt worden. Juden waren aus dem gesellschaftlichen Leben in Deutschland völlig ausgeschlossen, sogar auf Parkbänken wurden sie von Nichtjuden getrennt. Aber am 9. November 1938 kündigte sich bereits wie ein Wetterleuchten der Mord an 6 Millionen Juden, 500 000 Sinti und Roma an, ebenso wie der Zweite imperialistische Weltkrieg, der zum Ziel die Versklavung der slawischen Völker hatte, der ganz Europa, wenn nicht gar die ganze Welt unter die "eiserne Ferse" der Nazis zwingen wollte.

Als sich zum 50. Male - im Jahre 1988 - die sogenannte "Reichskristallnacht" vom 9. zum 10. November jährte, stolperte Bundestagspräsident Philipp Jenninger über seine historische Deutung dieses Ereignisses. Das führte zu seinem Rücktritt. Dabei hatte er z. B. gesagt, was heute von anerkannten rechten Historikern und vielen Politikern propagiert wird: Schuld an allem war schließlich nur Adolf Hitler - und der war ein Psychopath.



Fragt man sich nur, warum 1933 die bürgerlichen Parteien einen solchen seelisch kranken Psychopathen ermächtigt hatten, die Republik abzuschaffen und die Macht zu übernehmen.

Und warum haben deutsche Banken, deutsche Industrielle, ihm nicht einen Psychoanalytiker bezahlt, statt seine Partei zu finanzieren? Dies genau zu der Zeit, als die NSDAP im November 1932 zwei Millionen Stimmen in Wahlen verloren hatte. Damals schrieb Goebbels in sein Tagebuch, Hitler wolle sich erschießen wegen der leeren Parteikassen erschießen und weil er einen weiteren Mißerfolg nicht ertragen könne. Genau zu dieser Zeit wurde die Nazi-Partei durch Millionen, die ihr von Banken zuflossen, wieder flott gemacht und die entscheidenden deutschen Industriebosse baten Reichspräsident von Hindenburg, er möge doch diesen Psychopathen Hitler zum Reichskanzler ernennen - was er denn auch tat.

### Gedenktag 9. November

Am 21.10.93 beantragte die PDS/LL im Bundestag, einen Gesetzentwurf auf die Tagesordnung zu setzen, der den 9. November als Gedenktag für das große Pogrom zu bestimmen, der am 9.11.1938 in Deutschland stattfand und als dessen Ergebnis letztendlich 6 Millionen Juden und Jüdinnen ermordet wurden.

Der SPD-Abgeordnete Peter Struck sah für seine Fraktion "keinen Grund" den Antrag abzulehnen. Er wurde jedoch einstimmig von den bürgerlichen Parteien CDU/CSU und F.D.P. ohne Enthaltungen abgelehnt.

Hingegen verständigten sich danach die Regierungskoalition und die SPD am 9.11.93 anlässlich des 55. Jahrestages der Pogromnacht und des 4. Jahrestages der Öffnung der Mauer eine Sitzung des Bundestages abzuhalten, in der die Bundestagspräsidentin Süßmuth eine Rede halten sollte.

Gregor Gysi hat in einem Schreiben davor gewarnt, diese völlig unvergleichlichen Ereignisse miteinander zu vermischen:

Den in der Geschichte einmaligen Mord an 6 Millionen durch Nazideutschland mit einem Ereignis wie der Öffnung der Mauer zu verbinden, müßten alle Menschen, die über diesen Massenmord erschüttert sind, geradezu als Mißachtung empfinden.

Gegen solch eine "Relativierung" des Mordes protestierte er ... vergebens.

### Und der 9. November 1989?

Aber gibt es nicht dennoch einen 9. November, den wir Grund haben freudig zu begehen? Den 9. November 1989, als die DDR ihre Grenzen zur Bundesrepublik öffnete und damit ein Prozeß eingeleitet wurde, der bereits ein knappes Jahr danach zur politischen Vereinigung beider deutschen Staaten führte?

Das Aufbäumen gegen Bevormundung, gegen bürokratische Gängelung und selbstherrliche Macht, das in der DDR mit der Losung begonnen hatte "Wir sind das Volk" - wir hier unten sind das Volk, nicht ihr da oben -, was an den runden Tischen einer Demokratie von unten auch erprobt wurde, das wich bald einer anderen Losung. Diese hieß: "Wir sind ein Volk", egal ob unten oder oben. Das leitete die Vereinnahmung des Ostens durch den Westen ein, durch einen unerhörten Raubzug von oben durch westliche Kapitalbesitzer. Dieser Raubzug führt zur massenhaften Vernichtung von Industrie und der Hälfte der Arbeitsplätze in Ostdeutschland. Reformen, wie die Enteignung der Großgrundbesitzer, Verstaatlichung von Industriebereichen, deren Eigentümer Kriegsverbrecher waren, die sich an der Sklavenarbeit, oder vielmehr der Vernichtung durch Arbeit, bereichert hatten, wurde wieder rückgängig gemacht.

Der Ehrenvorsitzende des Interessenverbandes ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand, der Verfolgten des Naziregimes, Goldstein, sagte kürzlich in Ostberlin: "Wir sind mit unserem Versuch gescheitert, eine bessere Welt für die Bürger unseres Landes als Beispiel für ganz Deutschland zu schaffen ... Wir sind vor allem an hausgemachten Fehlern gescheitert. Das schlimmste aber war, einer Parteiführung zu gestatten, sich über Partei und Volk zu stellen. Und aus falsch verstandener Disziplin zu schweigen, auch da, wo wir sahen, daß Menschen Unrecht zugefügt wurde. Eine Partei, eine Regierung, die sich nicht der rauhen Kritik des Volkes stellt, die Kritik unterdrückt und bestraft, ist zum Untergang verurteilt. Mit dieser Last müssen wir leben."

Zugleich aber sagte dieser Antifaschist auch: "Heute begegnen wir auf Schritt und Tritt der Behauptung der herrschenden politischen Gruppen und ihrer getreuen Sprachrohre in den gedruckten und elektronischen Medien, die DDR sei von Anfang an ein Unrechtsstaat gewesen, dem Dritten Reich vergleichbar.

Das ist der heimtückische Versuch, die in aller bisherigen Geschichte der Menschheit einmaligen Verbrechen des Hitlerfaschismus zu einem Geschichtsunfall herabzureden ... Sie wollen die



Naziverbrechen, in einen großen Geschichtszusammenhang einordnen. Doch das ist nur eine Seite der Sache. Die andere, mit dieser unverletzlichen Behauptung gewollte ist es, das vielfältige Unrecht zu legitimieren (als rechtens zu erklären), das man hunderttausenden Bürgerinnen und Bürgern Ostdeutschlands täglich antut ..."

Noch eindringlicher erklärte auf der ostdeutschen Tagung der Verbände am 2. Oktober in Ostberlin Gerhard Zadek, ein Mitglied des Sprecherrates des Berliner jüdischen Kulturvereines, wie sehr sich die Bundesrepublik wegentwickelt hat von ihren ehemals hochgehaltenen feierlich besiegelten Grundsätzen. Er sagte:

"Im jetzigen einheitlichen Deutschland wird Mißbrauch mit Recht und Gesetz getrieben, wird versucht das Rad der Geschichte gleich um 50 Jahre zurückzudrehen.

Da werden Gedenktafeln für Widerstandskämpfer entfernt, Straßennamen und Namen von Schulen wieder umbenannt, jüdische Friedhöfe geschändet ... Wer ehemals als Kämpfer gegen den Faschismus anerkannt war, muß sich jetzt belehren lassen, daß der aktive Widerstand eines jeden Privatsache sei und nicht auch noch vom Bonner Staat honoriert werden. Da muß man wohl schon in der Legion Condor oder in der lettischen SS gedient haben ... (Die Legion Condor, muß man wissen, hat auf Geheiß Hitlers an der Seite von General Franco gegen die Spanische Republik im Bürgerkrieg gekämpft und Guernica zerstört, und die lettische SS stand auf Seiten der Nazis im Krieg gegen die Sowjetunion.) Die BRD zeigt sich hierfür durch Rentenzahlungen erkenntlich.

"Wer diese schreckliche Zeit überlebt hat", fuhr Gerhard Zadek fort, " - wer sich gegen dieses mörderische Regime zur Wehr gesetzt hat, wird in diesem neuen Deutschland schon fast wie ein Vaterlandsverräter behandelt."

1947 sei er nach Deutschland zurückgekehrt, berichtete Gerhard Zadek, und sei dann dreißig Jahre auf dem Gebiet des Erfindungswesens im Patentamt tätig gewesen. "Warum", fragte er, "bin ich benachteiligt gegenüber der Beamtenschaft der NS-Zeit?"

Erstens bin ich benachteiligt gegenüber dem SS-Obersturmbannführer und General der Polizei, Walter Schröder, Polizeipräsident von Riga, der nachweislich an tausendfachem Mord an deutschen Juden beteiligt war. Dieser Verbrecher erhielt schon im Mai 1945 die damals horrende Summe von 1.100 Mark (monatliches) Ruhegeld und eine Entschädigung von sage und höre 50.000 Mark für 'abhandengekommenes Eigentum' in Riga.

Zweitens bin ich benachteiligt gegen Dr. Karl Friedrich Vialon, damals Regierungsdirektor und

Leiter der Finanzabteilung des Regierungskommissariats Ostland, der mit Akribie (Genauigkeit) alle 'durch die Polizei beschlagnahmten Vermögenswerte' registrierte und verwaltete, einschließlich der herausgebrochenen Goldzähne und der abgeschnittenen Haare. Gegen diesen Staatsbeamten, der im Alter von 61 Jahren als Staatssekretär mit einer hohen Pension in den Ruhestand ging, bin ich als Prozeßnebenkläger aufgetreten. Letzmalig im Jahre 1965 wurde mir von dem leitenden Oberstaatsanwalt beim Bonner Landgericht in einem Schreiben mit der Überschrift: 'Ermittlungsverfahren gegen Staatssekretär Prof. Dr. Karl-Friedrich Vialon in Bonn wegen Teilnahme an Tötungshandlungen' mitgeteilt: 'Die Ermittlungen in dem oben bezeichneten Verfahren sind noch nicht abgeschlossen. Zu gegebener Zeit werden Sie einen weiteren Bescheid erhalten.' Jetzt sind wir im Jahre 1993. Ich warte noch heute auf diesen abschließenden Bescheid."

So weit der Bericht von Gerhard Zadek, der auch erklärt, welche Verbitterung heute im Osten Deutschlands über Verfolgungsmaßnahmen, Berufsverbote von zehntausenden, wenn nicht hunderttausenden empfunden wird, die keine kriminellen Handlungen begangen haben, während sie genau wissen, wie gut Nazi-Massenmörder bei uns im Westen davon gekommen sind.

Heute wird gar versucht, die Nazi-Diktatur als Teil eines Prozesses zur "Modernisierung der kapitalistischen Gesellschaft" zu deuten und auf diese Weise zu rechtfertigen!

Fragt sich nur, ob wir vielleicht vor einem technisch ausgefeilten noch "moderneren" Prozeß stehen, wenn der Bundesgrenzschutz mit Hilfe von "Wärmebildgeräten" an der deutschen Ostgrenze auf Menschenjagd geht, um zu verhindern, daß um Leib und Leben fürchtende Menschen in das gelobte Land der sozialen, deutschen Demokratie gelangen. Als Bundesinnenminister Kanther und Verteidigungsminister Rühle Soldaten als "Privatpersonen" verkleidet zur technischen Unterstützung des Bundesgrenzschutzes bei ihrem schmutzigen Geschäft einsetzen wollten, hat die Gewerkschaft der Polizei gegen diese "Millitarisierung der Grenze" protestiert. Diese Gewerkschaft berichtete aber auch, es sei geplant, aufgegriffene illegale Einwanderer in ausgesonderten Lastwagen "mit Kastenaufbau, Standheizung und Belüftung" zwischenzulagern, bis sie wieder über die Grenze geschoben werden können. Und die Gewerkschaft der Polizei erinnerte daran, daß die meisten Aufgegriffenen Sinti und Roma sind. Sie protestierte darum gegen "diese historische Instinklosigkeit". Denn in Lastwagen hätten die Nazis, bevor Konzentrationslager fertiggestellt



wurden, mit dem Massenmord an Zigeuner begonnen".

Antifaschismus wird heute von manchen Gerichten als niedriges Handlungsmotiv qualifiziert, während Brandanschläge und Morde an Ausländern verständnisinnig auf alkoholische Getränke zurückgeführt werden. Die Versäumnisse der Bundesrepublik bei der Entnazifizierung sollen wieder gut gemacht werden durch harte Bestrafung von DDR-BürgerInnen, denen "Staatsnähe" nachgesagt wird! Aber liegt darin nicht auch eine gewisse Logik? Schließlich wurden doch für den Wiederaufbau der durch die Niederlage im Zweiten Weltkrieg erschütterten Grundlagen der herrschenden Klasse hier, die Richter, Geheimdienstler, Generale, Ministerialbürokraten, Professoren und Wehrwirtschaftler dringend gebraucht, die sich schon im Dritten Reich als treue Staatsdiener erwiesen hatten! Aber diejenigen, die nach vierzigjähriger nicht-kapitalistischer Herrschaft in der DDR in vorauseilendem Gehorsam, ihre Dienste den Raubrittern aus dem Westen anboten, waren ihnen höchstens für eine kurze Übergangsperiode von Nutzen. Und die Rache derer, die man ihres Eigentums und ihrer Herrschaft beraubt hatte, darf sich jetzt im Osten austoben, wie sie im Westen all jene trifft, die mit einem politisch verfehlten Versuch, Menschen der deutschen Oberschicht in dem Glauben umbrachten, dies könne ihre Herrschaft erschüttern.

Wie sonst will man die erneute Verurteilung von Ingrid Jakobsmeier zu 15 Jahren Haft - kurz vor ihrer Entlassung - erklären, als mit unnachsichtiger Rachsucht?

Sogar der Münchener Experte im Strafprozeß, Prof. Claus Roxin mußte in einem "Stern"-Interview (44/93 S. 284) zugeben, daß Ingrid Jakobsmeier, die schon einmal wegen Mitgliedschaft in der RAF verurteilt wurde, grundsätzlich hierfür keine neue Strafe bekommen dürfe. Nur habe der Bundesgerichtshof entschieden, daß bei Organisationsdelikten eine Ausnahme zu machen sei, um sich die Möglichkeit zu erhalten, einen Terroristen auch dann wegen Mordes zur Verantwortung zu ziehen, wenn er für die bloße Mitgliedschaft bereits bestraft worden ist.

Aber Frau Jakobsmeier ist doch als Mittäterin verurteilt worden, obwohl nicht nachgewiesen ist, daß sie sich zur Tatzeit am Ort aufhielt, wandte der "Stern" ein. Darauf Prof. Roxin: "Bei Terroristenprozessen berücksichtigt die Rechtsprechung jedoch das Kriterium des Täterwillens. Die Mittäterschaft wird dann angenommen, wenn die Tat dem Willen des Angeklagten entsprochen hat, auch wenn er nur vorbereitend oder geringfügig mitgewirkt hat."

"Bei Naziverbrechern", wandte der "Stern" ein, "waren die Gerichte nicht so leicht zufriedenzustellen." Und daraufhin aber sehr aufrichtig die Antwort von Professor Roxin: "Nein, selbst bei eindeutigem Nachweis, daß jemand einen KZ-Häftling eigenhändig umgebracht hat, gab es oft nur eine Verurteilung wegen Beihilfe zum Mord. Die Gerichte begründeten dies mit dem fehlenden individuellen Täterwillen. Die Angeklagten hätten nur die Interessen des Staates verfolgt."

Im Klartext also: Wenn man die Interessen des Staates mit einem Mord verfolgt, kann man für einen Mord nur wegen Beihilfe bestraft werden. Allerdings gilt auch das nur, wenn es die Interessen des alten BRD-Staates und nicht die der alten DDR sind.

Daß ein Sieg der deutschen Revolution vom 9. November 1918 uns vor dem Dritten Reich, vor der Wiederholung des Weltkrieges, vor dessen Niederlage, aber auch vor der Restauration, wie wir sie jetzt erleben, hätte bewahren können, hat der liberale Demokrat Sebastian Haffner in seinem jetzt wiedererschienen Buch über den Verrat 1918/19 nachgewiesen. Die deutsche Geschichte hat damals eine Wende genommen, unter der wir heute noch leiden.

Genau darum aber sollten wir am 9. November 1918 als "Gedenktag" festhalten. Denn damals sind die Grundwerte einer Rätedemokratie als politischer Kern einer anderen Gesellschaftsordnung zum Vorschein gekommen.

Zum Feiertag wird der 9. November wohl erst werden können, wenn das Ziel der damals gewaltsam unterbrochenen Revolution erreicht sein wird: eine sozialistische Demokratie! Mit sinnvollen Aktionen und sehr viel revolutionärer Geduld werden wir dieses Ziel ein zweites Mal nicht verfehlen!